

Neue Tageszeitung

Die „Neue Tageszeitung“ erscheint jeden Freitag, regelmäßige Beilagen: „Der Lauer aus Hessen“, „Die Spinnstube“. Bezugspreis: Bei den Verkäufstellen vierteljährlich RM 2.10 hin u. mit noch das Beleggeld; bei den Abnehmern monatlich 85 Pfg., einschließlich Transportlohn. Anzeigen: Grundzeile 25 Pfg., totale 20 Pfg., Anzeigen von auswärtig werden durch Postnachnahme. Druck: Druckerei Friedberg, Schriftleitung und Verlag: Friedberg (Hessen) Poststraße 12. Fernsprecher 43. Postfach 3070. Nr. 433. 4. u. 5. Frankfurt a. M.

Ein U-Boot versenkt 45 000 Tonnen

Artilleriekämpfe an der italienischen Front. — Die Friedensverhandlungen. Schwedische Truppen an der Grenze Finnlands.

Der deutsche Generalstab meldet:

W. E. G. Großes Hauptquartier, den 2. Januar. Amtlich.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Von Dünkirchen bis zur Deule war die Artillerieleistungsleistung an in einzelnen Abschnitten gesteigert. Nördlich und südlich von Lens lebte sie in Verbindung mit erfolgreichen Erfordernissen vorübergehend auf. Auch zwischen Arras und St. Quentin nahm das Feuer zeitweilig an Stärke zu. Die Zahl der in den letzten Tagen südlich von Marcoing gefangenen Engländer hat sich auf 500 erhöht.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Nördlich von Proennes und beiderseits von Ornes erhöhte Gefechtsintensität. Erkundungsvorläufe führten an mehreren Stellen der Front zur Gefangennahme einer Anzahl Franzosen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

Keine besonderen Ereignisse.

Italienische Front.

Die Feuerintensität war auf der Hochfläche von Alago und im Tombagebiet zeitweilig gesteigert.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Abendbericht.

Berlin, 2. Jan., abends. (W. E. G. Amtlich.) Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der österreichische Generalstab meldet:

Wien, 2. Jan. (W. E. G. Amtlich.) Amtlich wird veröffentlicht:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Waffenstillstand.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Auf der Hochfläche von Alago, im Gebiete des Monte Tomba und an der unteren Mose entwickelten sich zeitweise heftige Gefechtskämpfe. Am 26. 12. früh wurde unsere Besetzung aus der Dammstellung bei Zensen ohne Verluste auf das östliche Plateau zurückgenommen. Der Gegner, der diese Rücknahme erst am 31. 12. bemerkte, hielt bis zu diesem Tage die verlassenen Deckungen fortgesetzt unter Artillerie- und Minenwerferfeuer.

Der Chef des Generalstabes.

An der Westfront.

Berlin, 2. Jan. (W. E. G. Amtlich.) Westlich Cambrai hat sich die Beute der in den letzten Tagen südlich Marcoing gemachten Gefangenen auf 13 Offiziere, 500 Mann und sieben Maschinengewehre erhöht. Auf diesem Schlachtfeld allein haben die Engländer bis zum 6. Dezember 20 Divisionen eingefangen wissen, die unzählige blutige Verluste erlitten. Drei englische Divisionen sollen nach übereinstimmenden Gefangenenangaben nahezu völlig vernichtet sein. Besonders schwer sind vor allem die Verluste der englischen Garde, von der Tausende im Vorstoß nach Cambrai ihr Leben ließen mussten. Wenn England auch in der Heimat über Ersatztruppen verfügen mag, um diese Verluste auszugleichen, so kann sich die englische Oberste Heeresleitung doch eine große Niederlage wie die von Cambrai nicht leisten, ohne die Kampfkraft der Armee aus ernstester zu beeinträchtigen.

Am 1. Januar 1918 erlitt eine südlich Marcoing vorgehende starke englische Patrouille aus neuen schweren Verlusten. Ein englischer Flieger warf während des Gottesdienstes auf die Kirche von Verluke Bomben. Auch die Stadt Quentin wurde wiederum in den Mittagsstunden rücksichtslos mit schwerem Kaliber beschossen.

An der französischen Westfront wurden bei erfolgreichen Unternehmungen zahlreiche Franzosen angebracht.

Ein U-Boot versenkte 45 000 Tonnen.

Berlin, 1. Jan. (W. E. G. Amtlich.) Eines unserer U-Boote, Kommandant Korvettenkapitän Kaphamel, der seine letzte Fahrt bis zu den Kap Verdes Inseln ausdehnte und noch dort im Hafen von Porto Grande 2 große brasilianische (ehemals deutsche) Dampfer versenkte, ist unternahm alljährlich in die Heimat zurückgekehrt. Personen und Material haben die lange Fahrt bestens überstanden und hierdurch einen neuen Beweis geliefert ebenfalls für die gute Ausbildung der Besatzung wie für die Betriebssicherheit unserer U-Boote, die nützt der Tüchtigkeit unserer Konstrukteure auch der geübtesten Arbeitsweise unserer Werftarbeiter zu danken ist. So trägt auch diese ihr Teil zu den Erfolgen des U-Bootkrieges und damit zum endlichen deutschen Siege bei.

Das Gesamtgewicht dieses U-Bootes besteht in der Versenkung eines wahrscheinlich amerikanischen Zerstörers von neun Dampfern und 5 Segelschiffen mit rund 45 000 Bruttoregistertonnen.

Unter den Ladungen der meist von Amerika nach Italien oder Frankreich bestimmten Schiffe befanden sich mindestens 10 000 Tonnen Kriegsmaterial, ferner Kaffee, Leder, Weizen, Kupfer, Stahl, Erdöl, Gummi in größeren Mengen. 22 Tonnen Kupfer hat das U-Boot außerdem als wertvollen Beitrag für die deutsche Kriegswirtschaft mitgebracht.

S. M. der Kaiser hat dem Kommandanten, der schon auf eine Reihe rühmlicher Kriegseinsätze zurückblickt, den Orden Pour le mérite verliehen.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Das Ziel wird erreicht.

Berlin, 30. Dez. (W. E. G.) Der Kriegsausbruch der deutschen Republik hat heute in Berlin im Gasthof Adlon sein Jahresfest ab, an dem eine große Anzahl hervorragender Persönlichkeiten des deutschen Wirtschaftslebens, Vertreter der Gesamtwirtschaftlichen Ersten und zahlreicher Abgeordneter teilnahmen. Beim Mahle begrüßte Landrat a. D. Böger die Gäste unter Hinweis auf die bisherige krisenwirtschaftliche Arbeit des Kriegsausbruches der deutschen Industrie. Kapitän z. S. Bräunlich, Leiter der Haushaltungsbefehlshaber des Reichsmarineamtes, führte in eigenem einflussreichen Vortrag folgenden aus:

Die Frage des Sieges und der Niederlage ist für England eine Frage des Prodräumens geworden. Rohstoffe amtliche und private Ausnahmen des Feindes selbst erwiesen einmündig, daß sich die Prodräumnot der Entente und besonders England, zu einer Katastrophe zubereit. Die vom Kriegseintritt der Vereinigten Staaten erhoffte Hilfe stellt sich nicht nur in militärischer Beziehung, sondern auch vor allen Dingen bezüglich des Schiffraumes immer mehr für unsere Feinde als eine große unerwartete Entlastung heraus. Der mit bezugnehmender Großproduktion bombastisch angekündigte amerikanische Schiffbauplan erweist sich, wie englische und amerikanische Rohstoffe in Erkenntnis der gefährlichen Lage offen eingestehen müssen, als praktisch undurchführbar. Unter U-Bootkrieg naht rastlos und unablässig an dem feindlichen Schiffraum. Es dabel von uns erlittenen Verluste sind gegenüber dem Anmarsch und der immer größer werdenden Leistungsfähigkeit der U-Boote gering.

Der Vortragende wies im einzelnen nach, daß im Kampf U-Boot gegen Schiffraum das erste Sieger bleiben muß. Ich kann mich bei dieser Beweisführung mit Recht auf entsprechende Auslassungen des ersten Vord der Admiralität Sir Wobbes beziehen, der unumwunden zugab, daß die Deutschen mehr U-Boote bauen, als die Entente zu versenken imstande sei, und daß umgekehrt die deutschen U-Boote mehr Schiffraum versenken, als die Entente bauen könne. Die kürzlich größte Behauptung Lord George, daß an einem Tage des November allein fünf deutsche U-Boote versenkt worden wären, ist selbst in englischen Kreisen als lausliche Lüge bezeichnet worden. Im Hinblick auf die auf lange Zeit hinaus gesicherte Mannschafte- und Schiffsbereitschaft der U-Boote, im vollen Vertrauen auf deren bewährte Bewehrung steht die gesamte Flotte, vom Admiral herunter bis zum jüngsten Matrosen und Geleier mit einer durch nichts zu erschlackernden, in den tatsächlichen Verhältnissen begründeten Zuversicht dem neuen Jahre entgegen. Sie ist sicher, daß sie ihr mit dem Sperrgebietkrieg gestecktes Ziel erreichen wird. Die außerordentlich bedeutungsvollen Ausführungen des Kapitäns fanden wiederholt lebhafteste Zustimmung der Anwesenden.

Nach dem Vortrag des Kapitäns stellte Kommerzienrat Friedrich mit Genehmigung fest, daß gegenüber den frampulanten Bemühungen englischer Staatsmänner, das Bild der durch den U-Bootkrieg geschaffenen Lage zu verzerren, heute von zutreffender Seite der wirkliche Stand der Dinge dargestellt worden ist, der uns zu der zureichenden Erwartung berechtigt, dem militärischen Sieg, den heute auch unsere Hände ausgeben, auch den deutschen Sieg im Wirtschaftskampfe folgen zu lassen. Besonders ist zu begrüßen, daß nunmehr auch in Deutschland amtliche Stellen die Gelegenheit dazu benutzen, dem mächtigsten Bundesgenossen unserer Feinde, der internationalen Lüge, mit Erfolg entgegenzutreten.

Telegrammwechsel zwischen dem Kaiser und Königin Ludwiga.

München, 1. Jan. (W. E. G. Amtlich.) Die Korrespondenz Hoffmann meldet: Zwischen König Ludwiga und dem Deutschen Kaiser hat aus Anlaß des Jahreswechsels folgender Telegrammwechsel stattgefunden:

Seiner Majestät dem Kaiser!

Dir und der Kaiserin bringe ich mit Marie Theresia zur Jahreswende die tief empfundenen Glück- und Segenswünsche dar. Wieder geht ein Jahr härtester Kämpfe für Euer und unser liebes Vaterland zu Ende, erfolgreich an beidermütiger Mühewer überwindender Uebermacht, an siegreichen Vorläufen gegen unsere Feinde, an zäher Ausdauer und Arbeit im Innern. Gleichwohl will der Lohn, Deutschland und seine Bundesgenossen niederrücken zu können, bei unseren Kampftruppen noch nicht endgültig stehen. Ihre Schuld ist es, wenn trotz der von uns schon vor Jahresfrist erklärten Verbündetenbereitschaft und trotz des Friedenswillens, der im Osten ausbricht, das Blut- und Verheerungswort seinen Fortgang nimmt. Deutschlands Rufen und freie Städte, das ganze Volk werden wie bisher in Einigkeit und Geschlossenheit zusammenstehen, bis uns das gute Recht an Leben und Weltung, auf Völkereinstimmung in christlicher Arbeit erstritten ist. Daß dieses glückliche Ende des großen Kampfes für Deutschland und seine treuen Bundesgenossen erreicht wird, ist unsere tiefste Sehnsucht. Gott gebe Dir und Deinem Hause hierzu seinen Schutz und Bestand.

ges. Ludwiga.

Der Deutsche Kaiser antwortete hierauf:

Seiner Majestät dem König von Bayern!

Gedulden Dank und wärmste Grüße. Euerer Eueren freundschaftlichen Beziehungen von Victoria und Mir. Wir können mit Dank zu Gott auf das verflochtene Jahr zurückblicken, das uns neben beidermütiger Verteidigung unserer Grenzen im Verein mit unseren treuen Verbündeten glänzende Siege und den Reim eines Friedens gegen Osten gebracht hat. Er wird uns auch im neuen Jahr in unserer geraden Sache zur Seite stehen und den bösen Willen der Feinde, die noch immer an ihrem frevelhaften Vernichtungsvorhaben festhalten zu brechen wissen. Mit Dir vertraue ich auf unser deutsches Volk, daß es auch diese letzte uns auferlegte Prüfung bestehen und die Palme des Sieges in diesem großen Kampfe um Freiheit und Recht erringen wird. Gott schütze Dich und Dein treues Bayernvolk im neuen Jahre!

ges. Wilhelm.

Hindenburg und Ludendorff in Berlin.

Berlin, 2. Jan. (W. E. G. Amtlich.) Generalfeldmarschall v. Hindenburg und General Ludendorff sind am heutigen Vormittag zu Besprechungen in Berlin eingetroffen.

Berlin, 2. Jan. (W. E. G. Amtlich.) Der türkische Finanzminister Schawid Bei ist heute vormittag über Wien hier eingetroffen.

Die Friedensverhandlungen.

Ant „Berliner Lokalanzeiger“ hatte der Führer der deutschen Marinekommission eine Unterredung mit Trogli. Am Freitag mittag haben die ersten Beratungen zwischen den Vertretern Deutschlands und des russischen Marineabes über die Einzelheiten des Waffenstillstandes auf dem Meer stattgefunden.

Die Wiederaufnahme der Verhandlungen.

Die Wiener Vertreter für die Friedensverhandlungen werden am 2. oder 3. Januar wieder nach Brest-Litowsk abreisen. Nach russischer Berechnung geht die Frist für die Entente am 2. Januar abends zu Ende. Am Morgen des 3. Januar werden die Verhandlungen in Brest-Litowsk wieder aufgenommen. Die Russen haben den österreichischen Standpunkt angenommen, daß das Selbstbestimmungsrecht sich nicht auf die innerhalb eines Staates befindlichen Völker beziehen kann, die im Rahmen der verfassungsmäßigen Vereinbarungen ihre Entwicklung finden können. Dieser abgeänderte Standpunkt wurde von den Russen der Entente mitgeteilt. Für den Fall einer ablehnenden Antwort der Entente, die nach den Reden Wilsons und Orlando erwartet werden kann, werden die Verhandlungen in Brest-Litowsk auf Grund der bisherigen Ergebnisse weitergeführt bis zu einer Sonderabmachung mit Rußland in Form eines Präliminartriedens.

Berlin, 1. Jan. (W.B. Nichtamtlich.) Nach russischen Nachrichten hat Konstantin Admiral Jelenski und drei Seesoldaten zur Waffenstillstandskommission für die Dnieper und Kapitan 1. Ranges Kizlow und zwei Seesoldaten zur Waffenstillstandskommission für das Schwarze Meer kommandiert worden. Diese Kommissionen finden entsprechende deutsche Kommissionen unter der Führung des Konteradmirals Jerschow von Danzig für die Dnieper und des Vizeadmirals Hopmann für das Schwarze Meer vor. Neben diesen Kommissionen ist eine Sonderkommission, an deren Spitze ein Konteradmiral steht, entsandt worden, um die Regelung der im Waffenstillstandsvertrag offen gelassenen Fragen des Eisemeeres, der Marmarameer und des Bosporus Einzelheiten vorzunehmen. Diese Kommission hat ihre Arbeit in Petersburg bereits aufgenommen.

Paris, 2. Jan. Wie der Mitarbeiter des „Temps“ in Petersburg telegraphiert, sind die ersten unter der Führung des Admirals von Keiserling stehenden Mitglieder der deutschen Abordnung in Petersburg eingetroffen und von Trotski im Institut Smolnoy empfangen worden. In der ersten Sitzung des russisch-deutschen Marine-Ausschusses wurde die Lage am Weißen Meer und an der Marmarameer besprochen. Der übrige Teil der deutschen Abordnung, der von Graf Wrthsch und Prinz Hohenlohe geführt wird, wird in den nächsten Tagen eintreffen und namentlich über den Austausch der Kriegsgefangenen und die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen beraten.

Die Haltung der Entente.

Berlin, 2. Jan. Wie dem „Borwärts“ aus Stockholm berichtet wird, sieht die englische Arbeiterpartei dem bolschewistischen Auslandsvertreiter in Stockholm, Morosoff, eine für die russische Regierung bestimmte Forderung gegen den Abschluß eines Sonderfriedens zugehen. Der Leiter der russischen Regierung frage zugleich an, ob die russische Regierung bereit wäre, den Friedensschluß so lange zu verschieben, bis eine internationale Friedenskonferenz stattgefunden hat. Morosoff habe geantwortet, die russische Regierung würde bis zur Entscheidung der internationalen Sozialistenkonferenz warten, falls die Entente-Regierungen zugleich mit der Vorgehensweise die Gewissheit gäben, daß sie von der Sozialistenkonferenz keine Zerschlagung der Friedensarbeit erwarten, sondern zu einem allgemeinen Frieden gemäß den russischen Vorschlägen bereit seien.

London, 1. Jan. (W.B.) Das Reutersche Bureau meldet unter dem 1. Januar: Der Parlamentsberichterstatter des „Daily Chronicle“ meldet: In Regierungskreisen wird anerkannt, daß die Vorschläge von Brest-Litowsk eine schwerwiegende neue Tatsache darstellen, von der Kenntnis genommen werden müsse. Selbst mit den Einschränkungen des Grafen Czernin sei die Annahme der russischen Forderungen das Angehen einer neuen Lage, Großbritannien, Frankreich und Italien tauschen bereits ihre Ansichten aus.

Clementau verzögert die Hilfe nach Rußland.

Paris, 1. Jan. (W.B. Nichtamtlich.) Meldung der Agence Havas. Ministerpräsident Clementau hat im Beisein des Ministers des Auswärtigen, Pichon, eine Abordnung der vereinigten Sozialisten der Kammer, bestehend aus Albert Thomas, Hubert, Wagner, Renaudel, Cohn, Longuet empfangen, die um Hilfe für Petersburg baten, wo sie den Abschluß eines Sonderfriedens verhindern oder wenigstens zu bewirken suchen wollten, daß er so unschädlich als möglich ausfiele. Clementau erwiderte ihnen, daß aller Anstrengung ihrer Vaterlandsliebe könne er unter den vorerwähnten Umständen in Petersburg keinen Erfolg von ihrem Schritte erhoffen, vielmehr würde die Bewilligung von Hilfen zu diesem Zweck ihrer Sendung einen solchen Anstoß geben, daß unerwünschte Wirkungen auf die öffentliche Meinung im Lande und an der Front eintreten würden, weshalb würde man sagen, daß Frankreich an den Vorschlägen über die Friedenspolitik teilnehme, dies sei aber mangels ernstzunehmender Vorschläge der feindlichen Mächte ganz und gar nicht die Absicht. Clementau hob schließlich hervor, daß er die Entscheidung, die gewünscht werde, nicht treffen könne, solange er keine Verständigung darüber mit den Alliierten erzielt hätte und daß er keinen Grund zu der Annahme habe, daß sich deren Ansichten seit der Stockholmer Konferenz geändert hätten.

Eine ukrainische Deputation.

Brest-Litowsk, 2. Jan. (W.B. Nichtamtlich.) In Brest-Litowsk ist eine ukrainische Deputation angekommen, um an Friedensverhandlungen teilzunehmen.

Stockholm als Verhandlungsort.

Schweizer Blätter melden: Der Vertreter der maximalistischen Regierung in Stockholm beschäftigt, daß Stockholm zum Verhandlungsort der russisch-deutschen Verhandlungen gewählt wurde. Die Besprechungen werden voraussichtlich Anfang Januar aufgenommen.

Wederle bei den Friedensverhandlungen.

Wien, 1. Jan. (W.B. Nichtamtlich.) Morgen wird der ungarische Ministerpräsident Dr. Wederle an den Verhandlungen über die mit den Friedensverhandlungen zusammenhängenden Wirtschaftsfragen, sowie an den Beratungen wegen der Angelegenheit der Vorbereitung eines Handelsvertrages mit Deutschland teilnehmen. Bei diesen Beratungen wird die deutsche Re-

gierung durch den österreichischen Geheimen Rat von Körner vertreten sein. Der Ministerpräsident wird voraussichtlich erst übermorgen nach Budapest zurückkehren.

Schwedische Truppen an der Grenze Finnlands.

Paris, 2. Jan. Die Blätter bringen unter allem Vorbehalt folgende Londoner Meldung: Schwedische Truppen sind an der finnischen Grenze konzentriert. Man erwartet von einem Tag zum anderen, daß sie in Finnland einmarschieren mit der Begründung, die Rechte Schwedens verteidigen zu müssen.

Englische Wut über die Friedenspolitik der Bolschewiki.

„Times“ schreibt am 20. Dezember im Leitartikel: Während Herr von Kühlmann und andere sich auf dem Wege nach Brest-Litowsk befinden, um dort über Friedensbedingungen zu verhandeln, breitet sich der Bürgerkrieg in Rußland aus. Wir können die Eile der deutschen Unterhändler wohl begreifen; denn sie wollen mit einer „Regierung“ unterhandeln, die nicht imstande war, bei den russischen Wahlen die Mehrheit zu erhalten und deren Stellung keineswegs sicher ist. Das gutgläubige russische Volk hatte eine konstituierte Versammlung gewählt, die die Friedensfrage erörtern sollte. Aber die Lenin-Trotski-Bande will die Versammlung nicht beraten lassen. Der „Waffenstillstand“ soll nun bis zum 14. Januar dauern, aber wir wollen abwarten, wo sich Lenin und Trotski selbst an diesem Tage befinden werden.

Ein Tagesbefehl Petains.

Paris, 2. Jan. (W.B. Nichtamtlich.) Meldung der Agence Havas. General Petain hat zu Neuquai einen Tagesbefehl an die Armee erlassen, in dem es u. a. heißt: Die Schwäche Rußlands hat Eueren Glauben nicht erschüttert, der durch den täglich wachsenden Beistand der Unionstaaten bekräftigt wird. Schließlich erklärte er, daß, wenn der Fügung nach Frieden verlange, der Beharrlichkeit dessen Bedingungen festhalten werde.

Ein italienischer Kriegsrat.

Rom, 1. Jan. (W.B.) Meldung der Agentur Stefani. Ein Erlass setzt einen Kriegsrat zur Beratung der Fragen ein, bei denen die Aufmerksamkeit der Zivilbehörden sich mit denen der höheren Militär- und Marinestellen berührt. Der Ausschuss setzt sich zusammen aus den Ministern des Auswärtigen, des Schatzes, der Kriegs-, Marine- und Justizangelegenheiten. Die Chefs des Generalstabes und Admiralstabes nehmen an den Verhandlungen des Ausschusses mit beratender Stimme teil. Der Ausschuss vermindert keineswegs die Befugnisse des Ministeriums, das von dem Ministerpräsidenten mit den Entscheidungen des Ausschusses bekannt gemacht wird.

Italien und ein Verständigungsfrieden.

Köln, 2. Jan. Der „Köln. Ztg.“ wird aus Zürich gemeldet: Der römische Mitarbeiter der „Neuen Zürcher Zeitung“ unterläßt die Möglichkeit eines Verständigungsfriedens zwischen Italien und erklärt von vornherein, es sei falsch anzunehmen, daß Italien sich bei seinen Verbündeten zum Vorfuß eines Verständigungsfriedens machen werde; der Mitarbeiter erklärt außerdem genauer Beobachtung der italienischen politischen Vorgänge und der Stimmung der entscheidenden Kreise, es sei gewiß, daß wenigstens für längere Zeit die Annahme einer italienischen Vermittlung eines Verständigungsfriedens ausgeschlossen werden müsse; allerdings hätten sich die neutralistischen Sozialisten für einen Verständigungsfrieden ausgesprochen, aber es sei nicht einmal ganz, ob eine Regierung Wilsons für einen solchen Frieden arbeiten würde, denn Wilsons sei zu sehr anwahnungsfähig, als daß er es wagt, sich bereit über die öffentliche Meinung hinwegzusetzen. Die öffentliche Meinung aber sei für einen faulen Frieden, wie sie es nennt, noch lange nicht müde genug. Dazu komme, daß die Russisten eines politischen Sieges Wilsons noch sehr fähig seien, selbst für eine Regierung von Vertrauensmännern Wilsons, sei die Lage noch nicht recht genug. Wilsons verfüge höchstens über 170 Stimmen. Mit einem Frieden, der den früheren Zustand einfach wieder herstellen würde, könnte er das Volk nicht gewinnen. Schließlich sei noch in Betracht zu ziehen, daß ein Vermittlungsvorschlag Italiens in Frankreich, England und den Vereinigten Staaten ausfallslos wäre, und daß Italien auf Entschädigungen dieser Regierungen keinen Druck ausüben könnte, denn im Notfall könnte Frankreich mit englischer und amerikanischer Hilfe seine südliche Alpenregion ohne Italien verteidigen, dieses aber nicht auf wirtschaftliche Unterstützung durch seine heutigen Bundesgenossen verzichten. (Bei den Betrachtungen des römischen Berichterstatters der „Neuen Zürcher Zeitung“ ist stets im Auge zu behalten, daß er seinen Darstellungen immer eine für das kriegslustige Italien günstige Färbung zu geben pflegt, vielleich auf Uebereizung. Vielleich aber auch gemäß dem alten Weisheitspruch: „Wen man unter den Wölfen ist, muß man mit ihnen heulen.“)

Bern, 2. Jan. (W.B. Nichtamtlich.) Der „Corriere della Sera“ erklärt in seinem heutigen Kommentar zu den Verhandlungen in Brest-Litowsk, die Gegenoffensive der Entente auf den deutschen Friedensföhrer dürfe nicht unterbleiben. Wilsons Rede genügt nicht. Man dürfe es daher auch der Presse nicht weiter überlassen, die feindlichen Ränke aufzudecken. Andererseits sei eine eigentliche diplomatische Antwort ausgeschlossen, da man Vertretern in Petersburg die Nachvollkommenheiten von Vermittlern nicht zuerkennen könne. Die Entente dürfe sich nicht zum Frieden verleiten lassen.

lassen. Erst mühten unmittelbare Vorschläge an die kämpfenden Nationen erfolgen. Nur den Alliierten könne vermög der Kräfte der deutschen Organisation die Unterbrechung des Krieges zum Nachteil gereichen, wenn dadurch auch nur ein Mitglied der Allianz wandelnd werde.

Die englischen Arbeiter und der Friede.

Bern, 2. Jan. (W.B. Nichtamtlich.) Auf der am 28. Dezember in London abgehaltenen Konferenz der britischen Arbeiterorganisationen, der über 800 Abgeordnete beizuhören, die 3½ Millionen Arbeiter vertraten, wurde zunächst das vom Reuterschen Bureau mitgeteilte Schreiben des Premierministers verlesen. Danach verlas Henderson eine lange Ansprache, in der er der sozialistischen Kundgebung vom 14. 2. gedachte, die es ablehnt, zuzulassen, daß dieser Verteidigungskrieg zu einem Erhebungsrieg werde und dann auf die in der zu ererbenden Kriegsführung niedergelegte Friedenspolitik der britischen Arbeiterpartei im einzelnen einging. Der Krieg müsse jetzt als Kampf zwischen einem alten und einem neuen Regimentsystem angesehen werden. Keine Verständigung könne befriedigend sein, die nicht der Welt die vollständige Disziplinierung des anreizvollsten Militarismus bringe und an seine Stelle eine höhere Auffassung von nationaler und internationaler Verantwortung lege. Die Geheimdiplomatie, die Militärdisziplin und die Profitmacherei aus der Verteilung von Instrumenten der Zerstörung sollten in der Gesellschaft freier Nationen unnötig sein. Eine unumgängliche Vorbereitung des Planes der Völkerrüge sei die Ablehnung jeder Form eines wirtschaftlichen Boykotts gegen Deutschland nach dem Kriege. Man sei berechtigt zu fragen, ob die Regierung alles, was in ihrer Macht liege, tue, um die Feindseligkeiten abzumildern. Der Redner wies dann auf die Bekämpfung Carsons in seiner Rede in Bordeaux hin, daß Österreich-Ungarn und die Türkei bereit seien, Frieden zu schließen und fragt, warum die Regierung nicht in Verhandlungen mit ihnen, besonders mit der Türkei, getreten sei, wie jetzt Deutschland mit Rußland. Statt dessen habe er die Einnahme von Jerusalem betrieben, obwohl nach der Erklärung Carsons die Türkei Frieden zu schließen bereit war. Damit dehnte England seine Front in diesem Lande aus. Es könne nicht Wunder nehmen, daß man England in den neutralen Ländern, in Rußland und selbst in Amerika imperialistischer und annexionsistischer Ziele verdächtige. Wenn die Arbeiterpartei weiter Opfer bringen solle, müsse sie die bestimmte Zusicherung erhalten, daß solche Opfer zur Herbeiführung eines ehrenhaften und gerechten Friedens notwendig seien. Die Arbeiterpartei bestreite darauf, daß Deutschland anerkenne, daß es unbedingte Weisung gebe die es annehmen müsse. Andererseits dürften die Alliierten keinerlei Zweifel darüber lassen, daß der Kampf lediglich um Grundstücke und Ideale und nicht um Eroberungen wille fortbauere. Die Arbeiterpartei verlange eine Gelegenheit, festzustellen, inwieweit Deutschland bereit sei, ein Friedensangebot anzunehmen.

Die amerikanische Hilfe.

Bern, 2. Jan. Während die französische Presse unter Hinweis auf die amerikanische Hilfe das Jahr 1918 das entscheidende Kriegsjahr nennt, gibt das „Journal de Geneve“ den Franzosen den Rat, im neuen Jahre noch nicht auf die niederschmetternden Erfolge der amerikanischen Armee zu rechnen, die doch in der Kriegskunst noch ein wenig unerfahren sei. Man werde lernen müssen zu warten, und die Geduld sei die hauptsächlichste Eigenschaft, die die Alliierten im neuen Jahre nötig haben würden. Für Frankreich bestünde das Programm für morgen darin, Deutschland zurückzuschlagen, um die volle Ausnutzung Amerikas während eines Zeitraumes von vielleicht mehr als zehn Monaten abwarten zu können. „Ist das möglich?“ fragt das Genfer Blatt.

„Der Krieg ist bald im Ende“.

Dem „Berliner Tagbl.“ wird von besonderer Seite aus London gemeldet: Der „Financial Times“ ging über den Kohlenmarkt in Wales der Dezemberbericht zu, der eine Reihe von Verbesserungen für die Hauptkohlenhöfen in England fordert, mit dem Befehl, daß sie jetzt schon in Angriff genommen werden müßten. Zweifellos hat der englische Senator dabei den Satz überleben, den der Kohlenhändler und Landmann von Lloyd George hingeföhrt hat, der lautet: „Der Krieg kann nicht mehr lange dauern!“ Die Gründe dafür, so schreibt das „Berliner Tagbl.“, wird dieser Mann von Wales wohl am besten wissen.

Der Einkaufsrat der Alliierten.

Paris, 2. Jan. (W.B. Nichtamtlich.) Der Rat der Alliierten für Kriegsanfälle hielt gestern nachmittag eine Sitzung ab, an der für England Bonar Law und Chamberlain, für Italien Nitti und Major des Palastes, sowie Professor Italico, für Frankreich Klotz, Clementel und Loizig, für Amerika Oskar Cressy und Paul Cressy teilnahmen. Die Finanzabteilung, der Bonar Law, Klotz, Nitti und Cressy angehören, beschäftigte sich in einer besonderen Sitzung mit den in den Vereinigten Staaten und in verschiedenen neutralen Ländern geplanten Einkäufen und behandelte damit in Verbindung stehende Finanzfragen.

Französische Ritterlichkeit.

Im November 1917 glückte es wieder mehreren Deutschen, aus französischer Gefangenschaft zu entweichen. Ihre eiblichen Ausfögen werden von neuem helle Schlaglichter auf die „Ritterlichkeit“, mit der die Franzosen den überwundenen Gegner behandeln. Gleich nach der Gefangennahme wurden einige von ihnen betrunkenen weißen Franzosen, Karoffanern und Regern zur Ausplünderung überlassen. Geld, Ringe, Messer, Schlüssel, selbst die Schirmmützen der Offiziere und Feldmehel wurden deren Raub. Beim Generalkommando wurde eine eingehende Vernehmung durch einen Offizier, der nur Zuhörer

mangelhaft deutsch sprach und verstand, vorgenommen. Er ver-
suchte den Gefangenen, wenn einmal eine Antwort ausblieb,
Drohe, ließ einzelne bis aufs Hemd sich entkleiden und miß-
handelte sie durch Faustschläge ins Gesicht, Stockschläge und Fuß-
tritte, bedrohte sie auch mit dem Revolver. Die Begleitkavallerie
ließ die Leute auf dem Transport neben der Landstraße durch
tiefen Schmutz marschieren, ohne jemandem Zeit zum Ausruhen zu
geben. Wer im Schlamm seine Schuhe verlor, mußte in
Stümpfen weiterlaufen. Im Sammellager zwang man sie,
eine volle Wanne unter freiem Himmel zu lampionieren, ohne Ge-
legenheit zum Gehen oder Sitzen. Viele brachen zusammen,
einige wurden trübsinnig. Das erste Essen gab es erst am dritten
Tage der Gefangenhaft: 300 Gramm Weißbrot und einen hal-
ben Trübsack voll Kaffee! Ein Fieberwahn, der sich über die
mangelhafte Ernährung beschwerte, wurde vom französischen
Sergeanten mit Fußtritten und Stockschlägen zurückgewiesen.
Demut zum Zwede einer Zümaufnahme der Zug der Gefangen-
nen racht groß erschien, mußten alle Kranken, die noch laufen
konnten, sowie alle, die keine Fußfesselung mehr hatten, mit
marschieren. Hinterher wurden bei einer erneuten Zümaufnahme
sichung vor Kopf, Hufe, Hemd und Schürze den Armen ge-
lassen; auf die Bitte des Gefreiten G. ihm die Photographie
seiner Frau zu zeigen, erhielt einen Fußtritt als Antwort.
Am Mitternacht wurden sie gemßt, bekamen einen Becher voll
Kaffee und mußten Bohlen, Draht, Geleis und Aischmetz durch
das deutsche Artilleriefeld bis in die französischen Artilleriefel-
den vorführen, wodurch viele Verletzte eintraten; die etwa
4. Mann starke Kompanie hatte 70 Tote und Schwerverwun-
dene. Weigerte sich ein Gefangener, so wurde ihm mit Schlei-
den gebroht; meldete sich jemand krank, so wurde er untersucht,
falls gesund befunden, und zur Arbeit zurückgeführt; zur Strafe
erzog man ihm zudem noch das Rohr. Drei Zivilisane wurden
geschleudert und mußten den ganzen Nachmittag in der
Sammelhöhle hinhocken. Als einer schlapp wurde, erhielt er Kol-
benstöße und Fußtritte und wurde als Simulant bezeichnet.
Dann wurden die Drei an eine Kette gelegt und mußten vier
Nächte im Freien liegen; die Kette war an einem Hübel fest-
gemacht, in dem die Gefangenen ihre Notdurft verrichteten. Nach
vier Tagen erhielten sie je 50 Tage strengen Arbeit; nach Ab-
lauf dieser Zeit wurden sie abtransportiert zur Arbeit in einem
Bergwerk oder auf einem Schiff. Französischer Mitleidlichkeit!"

Nachschiff der Christlichkeit: Wiederum vornehmen wir
hier durch die eihliche Anklage deutscher Gefangener, die derhölle
der französischen Gefangenhaft entliehen konnten, mit welcher
ausgeklügelten Brutalität unsere Leute gepeinigt werden. Und
wiederum müssen wir fragen, hat unsere Regierung kein Mittel,
um den Franzosen zu zeigen, daß wir es nicht nötig haben, un-
sere nach offenem Kampfe in Gefangenhaft geratenen Helde-
söhne der Willkür französischer „Kultur“ auszuliefern. Wir
fragen: Wie lange noch soll das anhalten?

Jerusalem in „christlichen“ Händen.

In seiner von uns im Auszug mitgeteilten Rede er-
klärte der Papst nach, daß der Jahrsrückblick alte Wünsche
unserer Ahnen jetzt erfüllt sei; das heilige und verehrte
Land, in dem das Blut vergossen wurde, durch das wir er-
löst sind, sei von neuem dem christlichen Glauben wieder-
gegeben worden. Jerusalem richte an Gott einen Hymnus
der Dankbarkeit und der Liebe. Diese Worte mögen von
dem Standpunkt des Papstes aus verständlich sein; ob sie
aber in dieser Form irgendeine Allgemeingültigkeit beanspru-
chen dürfen, ist sehr fraglich. Das Reich Gottes ist
bekanntlich nicht von dieser Welt. Vom katholisch-irischen
Standpunkt aus mag man es vielleicht begreifen, daß
Jerusalem von den Seelen eines „christlichen“ Staates be-
setzt worden ist. Vom christlichen Standpunkt aus aber muß
man vor allen Dingen aus der türkischen Verwahrlosung
Gerechtigkeit widerfahren lassen. Das türkische Regiment hat
sich in jeder Weise durch weitestgehende Toleranz auszeich-
net; es ist dem christlichen Glauben in jeder Weise ent-
gegengekommen, und die christlichen Missionen erfreuten sich
in Jerusalem unter türkischer Herrschaft einer weitläufigen
größeren Bewegungsfreiheit als etwa die christlichen Mis-
sionen in Moskau unter der französisch-christlichen Ver-
waltung Ausgans oder die christlichen Missionen in
Kgypten unter der englisch-christlichen Verwaltung. Be-
kanntlich hat dort die englische Herrschaft, um der moham-
medanischen Bevölkerung entgegenzukommen, die christlichen
Schulen einfach ausgeliefert, eine Entscheidung, die doch wohl
über dem Jubel in Rom nicht verzeihen werden dürfte. Ge-
wisshin spielen sehr bedeutende Gefühlsfaktoren, wenn der
Papst erklärt, daß nun Jerusalem dem christlichen Glauben
wiedergegeben sei. Aber schließlich ist auch der christliche
Glaube nicht allein auf Gefühl gestellt, sondern hält sich an
die gegebene Wirklichkeit; und auch der Christ ist der Örtlich-
keit untertan, denn „Die Örtlichkeit ist von Gott“. Es ist nicht
anständig, in der Rede des Papstes eine Verbeugung vor der
Entscheidung zu sehen, ob sie über einen fremdbildlichen Akt gegen
die Katholiken Österreichs und Deutschlands darstellt, scheint
uns zweifelhaft.

Es dürfte auch in Rom bekannt sein, daß England eine
mohammedanische Vormacht ist und daß schon aus diesem
einfachen Grunde — Jerusalem ist auch für die Türken eine
heilige Stadt — eine wirkliche Änderung der Verhältnisse
nicht eintreten kann. Im Gegenteil, es ist einerseits möglich,
daß, falls die Stadt in englischen Besitz bleiben sollte, sich
dort dieselben Zustände entwickeln wie in Kgypten, näm-
lich Begünstigung des Islams durch die Engländer. Auf der
anderen Seite ist es ebenso denkbar, daß bei dem existenz-
haften Charakter des „englischen Christentums“ man gerade in
Rom nicht allzuviel Freude daran haben dürfte, daß
„Jerusalem dem christlichen Glauben wiedergegeben“ wor-
den sei. In London selbst wird man gewisslos diese christ-
lichen Gefühle transparenter anzunehmen verstanden. Im
Nordwesten steht aber zweifellos das politische Moment der
Verstellung einer Randbreite zwischen Kgypten und Indien.
Dessen sich damit noch moralische Eroberungen verbinden, um

so besser. Wir betonen deshalb auch die Eroberung
Jerusalems durch die Engländer vom rein politischen Stand-
punkt aus. Die Zurückdrängung der Türken an dieser
Stelle der Front war vorzuziehen und ist in Deutschland
auch mit der nötigen Mühe aufgenommen worden, mit der
Mühe, die aus dem Bewußtsein entsteht, daß über Jerusalem
noch nicht das letzte Wort gesprochen worden ist und daß die
englische Eroberung keine türkische Niederlage, sondern ledig-
lich eine englische Truppen- und Materialüberlegenheit dar-
stellt. In Deutschland ist man überzeugt, daß die Türkei
ihre Bundespflicht unbedingt erfüllt hat und weiter erfüllt.
Gerade angesichts des Verlustes Jerusalems ist daran er-
innert, daß die Türkei ihre besten Truppen an die galizische
Front abgegeben hat in dem starken Bewußtsein, daß die
Entscheidungen nicht an der asiatischen Stelle der großen
Front liegen. Die lebenden Männer in der Türkei wissen,
daß die Fronten eine Einheit darstellen und daß, was auf
dem Hauptkriegsschauplatz geschieht, nicht ohne Einwirkung
auf den Nebenkriegsschauplatz bleiben kann. Die Stimmung
in türkischen Kreisen ist denn auch keineswegs gedrückt, man
weiß, daß über das Schicksal Jerusalems der Ausgang des
ganzen Krieges entschieden wird. Vom christlichen Stand-
punkt aber sei gesagt, daß wir Jerusalem immer noch lieber
in den Händen eines Volkes sehen, das die heilige Stadt, um
Persönlichkeiten zu vermeiden, kampflös räumt, als in den
Händen derer, für die es einen Spott bedeutet, Bomben auf
den Döber zu werfen.

Glückers Ruf aus dem Grabe.

Wann leid ihr Fieberhüfter,
Dem Streik müd und lahm?
In längst verflungenen Tagen
Als ich den Feind geschlagen
Sah ihr verpflückt zum Kram.

Verfluchte Fieberhüfter,
Von Sotau angeheilt!
Als ich den Feind bezwungen,
Habt ihr, was ich erzwungen,
Dem Franzmann offeriert.

Habt, ihr Fieberhüfter,
Ihr hint auf dunkle Tat,
Nach tobt's an allen Plätzen,
Und ihr weilt in Gedanken
Beim Vaterlandsverrat.

Ich treibt ihr gleichen Frevol,
Ich zwisch'n Not und Tod
Wähnd ich uns das Siegen?
Dann sollt ihr alle kriegen
Die große Schreckenst.

Die Weinjahresparole in Polen.

Warschau, 1. Jan. (MIB. Nichtamtlich.) Am Neujahrs-
tage, vormittags 11 Uhr, fand in Warschau auf dem Sacken-
platz große Paradeausgabe statt. Generalgouverneur von Bele-
ter ordnete den kaiserlichen Befehl an Armee und Flotte. An-
schließend hieran hielt er eine Ansprache, in der er betonte, das
Ziel des deutschen militärischen Willens sei, einen ehrenvollen,
dauerhaften und auch für das Land, auf dessen Boden wir stehen,
geordneten Frieden zu errichten. Der Generalgouverneur schloß
seine Ansprache mit einem dreimaligen Hurra auf den Deutschen
Kaiser, die Verbündeten des Deutschen Reiches und die Regenten
des Kaiserreichs Polen. Danach folgte im Stadtschloß der
Neujahrsgrüßwortsch des Generalgouverneurs und der
Episoden der deutschen Behörden mit dem Regenten und den Mit-
gliedern der polnischen Regierung.

Aus der Heimat.

FC. Schloss Philippsburg bei Offenbach a. M. 2. Jan. Im
Alter von 85 Jahren verstarb in Würden Graf Konstantin
zu Henberg und Wüdingen-Philippsburg a. M. und f. Ritt-
meister a. D., ein Vetter des heiligen Schlossherrn, des
Grafen Ferdinand. Der Verstorbene war seit 1875 mit
Anna von Wauer in kinderloser Ehe verheiratet.

FC. Hagen, 1. Jan. In das Lager der Kreisheilmittel-
stelle dahier wurde nichts eingebracht und Waren im Werte
von 4700 Mark gestohlen. Von den Dieben fehlt jede Spur.

Münster, 1. Jan. Das Fest der Goldenen Hochzeit begehen
am 7. Januar die Eheleute Carl Reinhard dahier.

Aus Starckenburg.

FC. Dornbach, 2. Jan. Die Entgeltnung über das Kupfer-
dach der hiesigen russischen Kapelle ist ausgeschrieben und soll die
Abnahme demnächst stattfinden. Die Glocken der Kapelle sind
vor einigen Tagen abgenommen worden.

Aus Helsen-Wallau.

FC. Wiesbaden, 1. Jan. Der verhängte Einbrecher Mont-
real, der vor kurzem aus dem Hofe des Polizeigefängnisses durch-
ging, wurde hier, nachdem er wieder verschiedene Einbrüche ver-
übt, wieder dingfest gemacht.

FC. Aus dem Regierungsbezirk Wiesbaden, 30. Dez. In
der letzten Vorstandssitzung der diesseitigen Landwirtschafts-
kammer wurde mitgeteilt, daß sich der Vorstand des Viech-
handelsverbandes mit der Regierungsbüro Wiesbaden auf die Ein-
gabe der Kammer wegen einer Beihilfe zur Förderung der
Wichthigkeit bereit erklärt hat, die gleiche Summe, die der Kam-
mer als staatliche Beihilfe zur Förderung der Schafzucht über-
wiesen worden, seinerseits zur Verfügung zu stellen, und zwar in
Höhe von 20 000 Mark. Wegen der von der Kammer mehr ge-
forderten Summe von 10 000 Mark hat sich der Viechhandelsver-
band mit dem Landesfleischamt in Verbindung gesetzt und um
die Genehmigung ersucht, auch diesen Betrag zu dem genannten
Zwecke der Kammer überweisen zu dürfen, ebenso wegen der
für die Durchführung von Fütterungsversuchen mit Strohsträ-

huter geforderten 10 000 Mark. Im weiteren ersuchte es der
Vorstand des Viechhandelsverbandes für unbedenklich, daß die
Landwirtschaftskammer die ihr früher gewährten Beihilfen
von 5000 Mark für Schweinefleisch und 5000 Mark für die
Anstellung von Schweinefleisch zur Bewilligung von Prämien
für die Durchführung von Zuchtversuchen verwendet.

FC. Wehlar, 27. Dez. Zum beabsichtigten Beigeordneten der
Stadt Wehlar wurde Regierungsbaumeister a. D. Dr. Jormar,
Vorstand des Stadterweiterungsamtes in Koblentz, gewählt.

FC. Weiburg, 1. Jan. Der Weiburger Anzeiger berichtet
heute 70 Jahre als antikes Kreisblatt.

FC. Aus Nassau, 30. Dez. Vor 50 Jahren! Am 31. Dezem-
ber 1867 erlitt die am 2. März genannten Jahres zum Prä-
sidenten der Regierung in Wiesbaden ernannte frühere Land-
rat des Wehlarer Kreises, Gustav von Dieß, den ersten Jogen.
Zeitungsblick auf den König. Aus dem großen Inhalt dieses
ersten langen Berichtes vor nunmehr 50 Jahren ist folgendes
hervorgehoben: Die Ausregungen, welche die Wahlen zum
Reichstage des Norddeutschen Bundes und zum Abgeordneten-
hause herbeigeführt hatten, sind einer ruhigeren Stimmung
gewichen. Preusseneinzelnde Bekehrungen sind dabei nur in der
Stadt Frankfurt am Main zu Tage getreten. Dort herrschte
eine jähe antipreußische Stimmung und eine traurige Beherr-
schaft in der Negation der neuen Verhältnissen gegenüber.
Sonn's Schicksal geschieden in einzelne Klassen, ist die große Mehr-
zahl der Bewohner der Stadt Frankfurt am Main einzig in der
Freundschaft gegen das preußische Regiment. Der früher sehr
benutzte Kaufmannslad sieht seinen Einfluß schwinden, die
Arbeiter schließen alle Arbeitsbedingungen auf die neuen Verhält-
nisse, und dabei läßt sich nicht in Abrede stellen, daß die ver-
größerte Auseinandersetzung zwischen Staat und Stadt und die
augenblickliche Auflösung der Gemeindebehörden stets neuen
Stoff geliefert haben und noch liefern, das herrschende Minder-
nügen noch zu nähren. Mit Ausnahme der Frankfurter zeigte
sich im übrigen die Bevölkerung des Regierungsbezirks Wies-
baden nicht nur mäßig und fähig der preussischen Regierung,
sondern es herrschte auch im allgemeinen eine mehr oder minder
freudige Zustimmung zu den Verhältnissen, welche die Ereignis-
nisse des Jahres 1866 geschaffen haben. Es ist dies am so
höher anzuschlagen, als der Übergang in ganz neue Formen
der Verwaltung, der Rechtspflege, Gesetzgebung usw. manche
Unbequemlichkeit mit sich führen muß, und als die demokratisch-
fortschrittliche Partei hier besonders tiefe Wurzeln in den ver-
gangenen Jahren hat schlagen können. Aber schon hat sich der
Einfluß dieser Partei sehr vermindert. Euer Majestät Ver-
weilen in Ems und Wiesbaden hat nämlich lebhafteste und
dauernde Sympathien für Euer Majestät Person und Regie-
rung nachgewiesen. — Ueber Kirchen- und Schulwesen wurde
jedenfalls berichtet, daß innerhalb der evangelischen Kirche Kas-
sau's wenig reges kirchliches Leben zu finden sei, da, daß hier
und da, besonders auf dem Lande, die Geistlichen dem weit-
gehenden Nationalismus huldigten, daß dagegen im nördlichen
Teil des Regierungsbezirks das kirchliche und religiöse Leben
ein lebendigeres sei, wenn auch freilich dort leider in manchen
Gemeinden die Sektierer blühten. Die Schulen seien im allge-
meinen in einem guten Stande, aber auch hier mache sich man-
nigfaltig ein negativer Einfluß geltend, die Religion trete viel-
fach bei dem Unterricht in den Hintergrund und namentlich in
veracht — eine Folge der geistlichen Konfessionslosigkeit der
konfessionell gemäßigten Orten sei der Religionsunterricht sehr
hiesigen Schulen.

FC. Aus dem Rheingau. Das Weinjahr 1917 brachte im
Rheingau stellenweise einen überaus reichen Ertrag, während
in anderen Lagen wiederum kaum eine Drittel-Ernte erzielt
worden ist. Der Grund zu dieser Erscheinung war schon im
Februar 1917 gegeben, wo heftige Kältezüge, die eine Tempe-
ratur bis zu -20 Grad Celsius brachten, an den in den östlich
im Rheingau gelegenen Weinbergen und in den Niederungen
bedeutende Frostschäden verursachten. Die solchen Schäden mit
unzulänglich erzwungenen Augenzeugen trieben nur spärlich aus
und diese Triebe waren zum Teil ohne Gelbfäule. Erst mit der Zeit er-
holten sich diese Triebe, wurden zwar reichlich belaubt, blieben
aber ohne Traubenansätze. Außerdem traten später die Vere-
nosporen und der Traubenschimmel in verschiedenen Gemartungen
hinzu und verursachten große Schäden, während in einzelnen
Weinbergen der Gemartung Elzville der Rebschäler in solchen
Mengen wie nie zuvor, auftrat und große Verheerungen an-
richtete. In den Weinbergen der Gemartung, die von dem
Schädling verschont blieben, konnte der Winger jedoch drei Vier-
tel bis zu einem vollen Herbst einheimen. Der Verlauf der
Witterung des ganzen Sommers war derart, daß die Trauben
nicht jenen Grad von Reife erreichten wie in sonnigen sehr guten
Weinjahre. Namentlich hat der Oktober dieses Mal versagt,
so daß die erntefähigen Weingüter des Rheingaus schwer seine
Ausleseernte erzielen konnten. Trotzdem ist die Qualität der
17er Weine eine sehr gute. Die kleinen Winger, die meist die
reich tragenden, früh reifenden Traubensorten, besonders Döster-
reicher und Kleinberger kultivieren, haben 1917 fast einer rei-
chen Ernte erfreuen können. So haben die Weinberge in der
Gemartung Vorch die größten Erträge aufzuweisen, Johann die,
die in den Gemartungen des Kreises St. Goarshausen gelegen
sind. (MIB: eine sehr gute Ernte und trotzdem Weinnot. Es
wird Zeit, daß ein Forscher geboren wird, der den Wucherbazillus
endgültig beseitigt. D. Red.)

Aus Ahrweiler.

Kassel, 1. Jan. Nach Verübung von 150 (!) Einbrüchen
sind hier zwei gemeingefährliche Verbrecher, die gleichzeitig auch
Schleichhändler im großen Stil betrieben, von der Kriminal-
polizei unerschütterlich gemacht worden. Die Verurteilten, der 19jährige
Schlosser Gustav Sander und der 23jährige Kellner Julius
Siegel, waren in einem ersten Hotel als Fahrenjunker ab-
gefahren. Die Beute ihrer raffinierten Raubzüge, bei denen sie
Geschäftsleute und Verkäuferinnen anlegten, verkauften sie im
Schleichhandel zu Wucherpreisen. Beide sind gefänglich.

Verantwortlich für den politischen und lokalen Teil: Otto
Friedrich. Friedberg; für den Anzeigenteil: A. Döner,
Friedberg. Druck und Verlag der „Neuen Tageszeitung“
A. G. Friedberg i. S.

